

# Zosener Zeitung.

Vierundsechzigster Jahrgang.

Nr. 265.

Sonnabend, 10. Juni

1871.

Annoncen  
Annahme-Bureau:  
In Pozen  
außer in der Expedition  
bei Krupski (C. H. Ulrich & Co.)  
Breitestraße 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt- u. Friedrichtstr. 4;  
in Grätz bei Herrn L. Streissland;  
in Frankfurt a. M.;  
G. F. Hanke & Co.

Annoncen  
Annahme-Bureau:  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Gallen;  
Rudolph Wölfe;  
in Berlin, Breslau, Hamburg,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Wien n. Böhmen;  
Haasenstein & Vogler;  
in Berlin;  
A. Petermeyer, Schlossplatz;  
in Breslau: Emil Kuball.

Das Abonnement auf dies mit Ausdrucke der  
Sonnabende täglich erscheinende Blatt beträgt vier-  
teljährlich für das Land Pozen 12 Thlr., für ganz  
Preussen 1 Thlr. 24 Sgr. — Versandung  
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes zu.

Ein Beitrag, die fiktive Geschichte folgender  
deutschen Namen, Adelmann verhandlungsfähig ist,  
findt an die Erziehung zu richten und werden für  
die am demselben Tage erschienenen Nummern, mit  
bis 10 Uhr Vormittag angenommen.

## Telegraphische Nachrichten.

Köln, 8. Juni. Die Post aus London vom 8. d. früh  
ist ausgeblieben.

München, 9. Juni. Der Redakteur des "Volksboten",  
Zander, ist wegen eines Artikels, welcher Beleidigungen der  
deutschen Armee enthält, unter Anklage gestellt und vor das  
Schwurgericht verwiesen worden.

Versailles, 8. Juni, Abends. Ein ausführlicher Bericht  
über die heutige Sitzung der Nationalversammlung, in welcher  
der Antrag auf Abschaffung der gegen die Mitglieder des Hauses  
Bourbon erlassenen Verbannungsgezege berathen wurde, lautet:

Der Berichterstatter Batbietheit mit, daß der Antrag Giraud betreffend  
die Befestigung der betrifftenden Gezege von der Kommission angenommen ist,  
während der Antrag Brunet auf Abschaffung der Präsidentengesetze im All-  
gemeinen von der Kommission nicht genehmigt wurde. Der Berichterstatter  
lautet: Die Wähler dreier Departements haben dadurch, daß sie die Prinzen  
von Orleans zu ihren Vertretern ernannten, eine Abschaffung dieser Gezege  
beantworzt; die Prinzen hätten sich seiner Zeit darüber erklärt, daß sie sich  
der Entzündung der Nation, gleichviel ob dieselbe für Republik oder für  
konstitutionelle Monarchie ausfielen, fügen würden. Die Kommission sege  
volles Vertrauen auf den Inhaber der Exekutivewalt und wolle für jetzt  
von allen Verfassungsfragen abschließen; ihre Absicht sei nur, den ungerechten  
Proskriptionen ein Ende zu machen. Barthélémy St. Hilaire verließ hierauf  
den Bericht des neunten Bureau über die Wahl der Prinzen von Joinville.  
Der Bericht enthält eine Prüfung der Wahl ausführlich vom legalen und  
juristischen Standpunkt, und spricht sich für Gültigerklärung aus. Der Be-  
richt des zehnten Bureau befürwortet in entsprechender Weise die Geneh-  
migung der Wahl des Herzogs von Aumale. Der Deputierte Billy verließ  
darauf einen Antrag der Deputierten, welche von den auseinander noch durch  
deutsche Truppen okkupierten Departements gewählt sind. Der Antrag fordert,  
daß die Prüfung der Wahlen der Prinzen von Orleans sowie die Abschaffung  
der Verbannungsgezege einstweilen vertagt werde, um jeden Vorwand einer  
Agitation, welche die Situation der okkupierten Departements nur verschlim-  
mern könnte, zu beseitigen. Ein analoger Antrag ist von etwa 20 Mitgliedern  
der Linken eingebrochen worden. — Der Deputierte Leblond (Generalpro-  
kurator) spricht sich gegen den Antrag der Kommission aus, indem er auf  
die Gefahren hinweist, welche durch die Genehmigung der Wahlen und die  
Abschaffung der Verbannungsgezege herauftreten würden, da ja die Prinzen  
gleichzeitig auch Kontrapräidenten seien. In diesem Augenblide aber  
dauere in Frankreich in den großen Städten der Bürgerkrieg, wenn auch in la-  
tentem Zustande, noch immer fort, man müsse deshalb mit äußerster Vorsicht  
darauf einen Antrag der Deputierten, welche von den auseinander noch durch  
deutsche Truppen okkupierten Departements gewählt sind. Der Antrag fordert,  
daß die Prüfung der Wahlen der Prinzen von Orleans sowie die Abschaffung  
der Verbannungsgezege einstweilen vertagt werde, um jeden Vorwand einer  
Agitation, welche die Situation der okkupierten Departements nur verschlim-  
mern könnte, zu beseitigen. Ein analoger Antrag ist von etwa 20 Mitgliedern  
der Linken eingebrochen worden. — Nachdem der Berichterstatter  
die Befürchtung des Berredners widerlegt hat, ergreift Thiers das  
Wort: Niemals habe er sich angelehnt einer schwierigen Frage gefunden,  
die siele sei eine im eniaischen Sinne politische und in diesem Sinne müsse  
auch das Land sie in Auge fassen. Die Versammlung dürfe sich nicht bloss  
nach ihrem besten Wissen und Gewissen aussprechen, sondern auch mit einer  
vollen und erschöpfenden Kenntnis der Sache, um die es sich handle; er sei  
ursprünglich gegen die Abschaffung der bestehenden Gezege gewesen, habe sich aber  
doch schließlich veranlaßt gehalten, derselben zuzustimmen. Redner fährt fort: Wir  
haben soeben einen der größten Bürgerkriege, die je gewütet, überstanden.  
Wir haben einen der größten Siege davongetragen, welche die Sache der  
sozialen Ordnung je errungen hat. Europa zollt uns seinen Dank und be-  
glückwünscht uns, denn unser Sieg hat den Erdteil vor Anarchie bewahrt.  
Seit einem Monat hat sich unsere Situation erheblich geändert, man hat  
unsere Niederlagen vergessen und gedenkt nur unseres Sieges, aber wir dürfen  
uns keine Illusionen machen; die Insurrektion ist zwar entwaffnet, aber  
immer noch nicht zur Ruhe gebracht. Die Eroberung der Geister dauert fort  
und wir müssen es vermieden, den Leidenschaften neue Nahrung zu geben.  
Vor allen Dingen ist es nötig, daß die Arbeit wieder aufgenommen werde.  
Ein Hauptmittel der Führer der Insurrektion ist es gewesen, daß sie auch  
in der Gefahr die Sache der Republik hoch hielten die Klugheit erfordert es,  
daß man keinen Vorwand zur entgegengesetzten Ansicht gebe; man muß dem  
Land Vertrauen zu der Weisheit und der Eintracht der Versammlung ein-  
stören. Die Wiederaufnahme der Arbeit steht bevor, umfassende Aufträge  
sind von allen Seiten eingegangen; indestens die großen Industrien richten  
vor allem ihre Blicke auf diese Versammlung, um zu sehen ob diese ihre  
Eintracht bewahrt. Wenn wir es verstehen dem Lande Vertrauen einzuneh-  
men, so können wir dreist alle Lasten auf uns nehmen, die unser harren,  
wie immens dieselben auch sind. Zunächst ist es nötig, daß wir die Be-  
freiung unseres Landes von der schweren Burde der Okkupation erlangen;  
denn wir haben noch für den Unterhalt von 500,000 Deutschen zu sorgen.  
Wenn die Zahlung geleistet ist, so werden wir im Stande sein, auch  
in den bisher besetzten Departements die Steuern zu erheben und  
dadurch ein Defizit von 400 Millionen zu decken. Die Versammlung muß  
alle diese Details kennen, um die Situation des Landes in richtiger Weise  
zu würdigen. Wir müssen unsere Zuflucht zu Anlichen nehmen, und  
daraum ist es nothwendig, daß Europa Vertrauen zu uns habe; man zweifelt  
nicht an den Hilfesätzen Frankreichs, aber man fürchtet, daß die Ein-  
tracht des Landes nicht ungefähr bleibt wird. — So dem eigentlichen In-  
halt des vorliegenden Antrages übergehend, erklärt Thiers, daß er von den  
Mitgliedern der Familie Bourbon große Hochachtung habe, und fährt dann  
fort: Sie glauben durch die Abschaffung der Verbannungsgezege einen  
großen Akt nationalen Edelmuts zu vollbringen, aber Sie irren sich, denn  
es handelt sich hier nicht um Proskriptionsgezege, sondern um Gezege, welche  
durch die Vorsicht eingegangen waren. Zwei Regierungen können sich auf  
denselben Boden nebeneinander richten. Redner erinnert daran, wie er  
seinerzeit die Republikaner des Jahres 1848 wegen Abschaffung der Pro-  
skriptionsgezege aetadet, wie er damals Louis Napoleon gesagt habe: Diese  
unklugen Republikaner haben Sie zurückverufen, Sie werden Ihr Herr sein,  
aber niemals der meine. So groß seine Geduld für die Familie  
Orleans auch sei, so bleite sie doch weit zurück hinter der, welche er für  
das Land habe. (Besfall). Nachdem man einen so großen materiellen Sieg  
errungen habe, werde es durch die Klugheit der Versammlung gelingen,  
einen ebenso großen moralischen Sieg davon zu tragen. Thiers spricht sich  
alsdann zu Gunsten der Revolution vom September des letzten Jahres aus;  
es sei heutzutage Mode geworden, diese Revolution, welche man ehemals so  
sehr herbeigesucht habe, anzutreten, man vergesse dabei ganz die Dienste,  
welche sie geleistet. Die Männer des 4. Septembers hatten Unrecht, den  
Krieg fortzuführen, aber der Fehler wurde nicht durch Paris be-  
gangen, welches seine Thore verächtlichen mußte, sondern durch die Regierung  
außerhalb Paris, welche eine Politik wahnwütiger Thoren, eine Politik des  
größten Unverständes verfolgte, indem sie die Aktion einiger Wenigen an die  
Stelle der Autorität von ganz Frankreich setzte. Durch die zu Bordeaux geführten  
Beschlüsse habe die Versammlung Frankreich jenen Despoten entziehen wollen,  
welche vorgaben, es noch immer in ihren Händen zu haben, keineswegs aber habe  
die Versammlung darnach gestrebt, die Republik umzuführen. Sie habe dem  
Lande eine faktische Regierung gegeben, welche die Mission erhielt sei,  
Dehnung und Kredit wieder herzustellen. Ich bin nicht der Mächtigste,  
sondern der Verantwortliche von Allem, und ich will meine Aufgabe in  
loyaler Weise erfüllen. Thiers führt aus, wie er schon seit 40 Jahren  
Republikaner gewesen und wie sein ganzes Streben dahin gegangen sei, dem

Land eine Verfassung, ähnlich der englischen, zu geben; er habe in London  
mehr Freiheit gefunden als in Washington; aber die Fürsten hätten nicht  
immer die von einer solchen Regierungform verlangten Bedingungen be-  
griffen; sie hätten einsehen müssen, daß eine konstitutionelle Monarchie im  
Grunde nur eine Republik mit erblichen Präsidenten ist. (Besfall). Redner gedankt  
des schweren Unglücks, welches durch die Revolution über das Land gebracht worden sei, doch Frankreich werde wie der erste, wenn die Versammlung mit Weisheit ihre Aufgabe erfülle; nur sei es in einer Situation wie die jetzige, nicht  
gestattet, noch weitere Fehler zu begehen. Ich habe die Republik gleichsam  
als ein unvertrautes Gut empfangen, ich werde sie nicht verraten. Was  
die Zukunft bringen mag, kümmert mich nicht, nur die Gegenwart geht  
mich an; ich diene keiner Partei, sondern dem Lande. Thiers gebietet so-  
dann der Armee mit warmen Lobprächen und fügt hinzu, daß er die Sol-  
daten wie seine eigenen Kinder liebt. Was die Generale angehe, so habe er  
sich bei der Auswahl derselben nicht durch die politischen Meinungen er-  
schieden, sondern nur durch die Rücksicht auf die Interessen des Landes hinen-  
lassen. (Einstimmig Besfall). Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärt  
Thiers, es hätten fast sämtliche Städte Deputationen an ihn gesandt, um ihm mitzuteilen, daß das Reich bestände, die National-  
versammlung wolle die Republik stützen. (Es (Thiers)) habe dies für  
falsch erklärt und der Nationalversammlung Lobprächen ertheilt, indem er  
gesagt habe, die Versammlung sei liberaler als er selbst; ein Teil der  
Mitglieder, welche monarchisch gesinnt seien, befürchte die Weisheit, ihre Ge-  
fühle zu beherrschen; nicht die Versammlung bedrohe die Republik, sondern  
sie selbst thäten es; er habe sie aufgefordert, nichts zu thun, was zur Auf-  
munterung der Verbrecher dienen könne, da sie auf diese Weise der Republik  
den größten Dienst erweisen würden. Die Deputationen hätten erwidert,  
daß sie keinen Zweck in die Loyalität Thiers seien, allein es sei fraglich,  
ob er auch nach erreichtem Siege noch dieselbe Gewalt über die National-  
versammlung haben würde, worauf er entgegnet habe, er glaube, daß die  
Versammlung ihm ihr Vertrau in bewahren werde. Sollte jedoch die Re-  
publik bedroht werden, so würde er sich zurückziehen. Nur durch diese Offen-  
heit habe er das Misstrauen besiegt, welches, wenn es zu Tage getreten wäre,  
große Gefahren mit sich gebracht hätte; denn ohne jene beruhigenden Worte  
hätte es leicht geschehen können, daß Unruhen in den Provinzen ausgebrochen  
wären. Thiers spricht die Hoffnung aus, die Versammlung werde seine  
Haltung billigen und fügt hinzu: Wenn ich nicht nach Ihrem Sinne gehandelt habe, so bin ich allein kompromittiert. Wollte man die Lösung über-  
führen, so würde man Frankreich sofort in einen schrecklichen Bürgerkrieg verwickeln. Meine Pflicht ist es, die Dauer des jetzt bestehenden  
Waffenstillstandes möglichst zu verlängern und denselben womöglich in einen  
dauernden Frieden zu verwandeln. Seine Überzeugung nach, so fährt  
Thiers fort, würde der Bruch dieses Waffenstillstandes großes Unheil mit  
sich bringen. Er wolle nicht prüfen, ob nicht in Zukunft die Monarchie  
wiederkehren könnte, aber damit dieselbe eine dauerhafte werde, müsse man  
sagen können, der Versuch mit der Republik sei in loyaler Weise unternommen  
worden. Indem die Republikaner ihre Einwilligung dazu geben, daß  
der Versuch durch andere Hände, als durch ihre eigenen, gemacht werde,  
befindeten sie eine lobenswerte und ehrbare Haltung. Die National-  
versammlung möge einig sein und gegenseitige Gerechtigkeit üben. Es glaube,  
ohne es an Loyalität fehlen zu lassen, in die Aufhebung der Verbannungs-  
gezege einwilligen zu können, da die Prinzen von Orleans die Verpflichtung  
übernommen hätten, nicht in der Nationalversammlung zu erscheinen und  
Nichts zu unternehmen, was die ausgestreuten Besorgnisse rechtfertigen könnte.  
Es stimme daher den Ansichten der Kommission zu. Würden sich seine Hoff-  
nungen nicht erfüllen, so würde er diejenigen Maßregeln ergreifen, welche er  
für geboten halte und hierauf die Genehmigung der Versammlung erbitten.  
Thiers schließt seine Rede mit folgenden Worten: Ich bleibe auf meinem  
Posten, wenn Sie mir Ihr Vertrauen erhalten und mit dessen für würdig  
halten und ich wiederhole, ich werde Niemanden täuschen. — Ducarre legt  
Namens der Linken die Gründe dar, aus welchen er und seine Freunde gegen  
den Antrag Billots, den Prinzen Orleans sei die Rückle: nach Frankreich erst  
nach Votirung der definitiven Verfassung gestattet wird mit 429 gegen 168  
Stimmen abgelehnt; der einzige Artikel des vorliegenden Antrags mit 484  
gegen 103 Stimmen angenommen. Hierauf werden die Wahlen des Herzogs  
von Aumale und des Prinzen von Joinville mit 448 gegen 113 Stimmen  
für gültig erklärt. Nächste Sitzung Sonnabend.

Versailles, 9. Juni. Der Bericht des Finanzministers,  
welcher dem Gesetzentwurf über die Aufnahme eines Anlehens  
zum Betrage von 2½ Milliarden Frs. beigelegt ist, hebt die  
Zahlung von 2 Milliarden Frs. als besonders dringlich hervor,  
um die Okkupation seitens der deutschen Truppen zu beenden.  
Beabsicht eines günstigen Erfolges zur Aufbringung der Amtshabe  
rechnet der Finanzminister auf das Vertrauen der fremden Na-  
tionen, hauptsächlich aber auf die energische Unterstützung seitens  
Frankreichs. Derselbe hebt sodann hervor, wie nothwendig die  
Ruhe und Ordnung seien, damit Frankreich seinen eingegange-  
nen Verpflichtungen nachkommen könne. Zum Schluß heißt es,  
daß die Regierung entschlossen sei, eine strenge Sparsamkeit ein-  
treten zu lassen. — Ein Gerücht, wonach der Präfekt Ferry  
zum Gesandten in Washington ernannt sein soll, wird als un-  
richtig bezeichnet.

Wien, 9. Juni. Im Abgeordnetenhaus wurde bei Be-  
ratung des Budgets nach längerer Debatte das Erforderlich für  
die Auslage der Staatspolizei nach dem Antrage der Minorität  
des Budgetausschusses im Betrage von 120,000 Fl. bewilligt.

Athen, 8. Juni. Die Deputirtenkammer ist heute durch  
königliches Dekret geschlossen worden. Die Königin wird heute  
den Eid als Regentin vor dem Kabinett und dem Präsidium der  
Deputirtenkammer ablegen. Der König reist Sonntag nach Ems ab.

Bukarest, 8. Juni. Die Kammer erklärte in ihrer heu-  
tigen Sitzung sämmtliche Wahlen als richtig an. Hierauf er-  
folgte die Wahl des Bureau. Bei der Präsidentenwahl siegte  
die konservative Partei, deren Kandidat, Fürst Demeter Ghika,  
die Majorität erhielt.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 9. Juni. Unsere Stadt befindet sich dieser  
Lage fort und fort in lebhafter Erregung nicht nur wegen der  
Vorbereitungen zu den Eingangsfeierlichkeiten, sondern auch in  
Beranlassung der Anwesenheit des russischen Kaisers. Wenn

dieser früher von den politischen Parteien mit geteilten Ge-  
fühlen begrüßt wurde und sich an seine Anwesenheit in Berlin  
immer allerlei oft widersprechende Gerüchte knüpften, so domi-  
niert bei dem diesmaligen Besuch das Gefühl auch in der Be-  
völkerung, welchem unser Kaiser in seinem bekannten Telegramm  
an den Kaiser von Russland Ausdruck gab, das Gefühl der  
Freude und Anerkennung für die Haltung, welche Russland  
während des Krisen in vorigem Jahre uns gegenüber beobach-  
tete und aus welcher andererseits unsere Haltung in der Pontus-  
frage hervorgegangen ist. Der Kaiser wird wirklich allseitig als  
ein Freund Deutschlands begrüßt, während es früher eine weit  
verbreitete und theilweise wohl nicht unbegründete Meinung  
war, daß auch Russland dem Aufkommen des deutschen Reiches  
nicht geneigt sei. Die Gefühle der Berliner Bevölkerung äußer-  
ten sich gleich im ersten Augenblick bei der gemeinsamen Ein-  
fahrt der beiden Kaiser in die Stadt in der lebhaftesten Weise,  
und es soll dies auch auf den Kaiser von Russland den wohl-  
thwendigsten Eindruck gemacht haben. — Die Dinge in Frank-  
reich gehen offenbar einer provisorischen Konolidation entgegen und die definitive Konstituirung Frankreichs scheint na-  
mentlich in Bezug auf die dynastischen Fragen nicht zu sofortiger  
Krisis führen zu sollen, vielmehr waltet allseitig die Über-  
zeugung ob, daß das Wort des Herrn Thiers, die Republik sei die  
Verfassung, welche Frankreich am wenigsten spaltet, wenn auch  
wahrscheinlich nicht für die Dauer, so doch wenigstens für den  
Augenblick eine große Wahrheit habe. Die Republik wird als  
Notbehelf vielleicht noch eine längere Dauer haben, als man  
vor Kurzem vermutete, ob mit Herrn Thiers an der Spitze  
oder mit einem mehr dynastischen Namen, das ist eine andere  
Frage. Vorläufig wird die Regierung, welche den Frieden ge-  
schlossen, wie es scheint, auch die Sorge für die erste Ausfüh-  
rung derselben noch zu tragen haben, durch diesen Stand der  
Dinge wird für uns auch die Zuversicht auf eine baldige Ver-  
ringung der Okkupation französischen Gebiets durch unsere  
Truppen wesentlich erhöht.

Endlich ist die Bestätigungs-Angelegenheit des Abg. Dr. Hermann Becker zum OberBürgermeister in Dortmund — und wie wir zu unserer Freude melden können, in günstiger Weise erledigt. Wie hervorragenden Reichstagabgeordneten von einem hervorragenden Staatsmann in der vorigen Sitzung des Reichstages mitgeheilt worden ist, hat der Kaiser vor wenigen Tagen die Bestätigungsurkunde unterzeichnet. In Reichstags-  
kreisen, namentlich in den konservativen, war man auf die Ent-  
wicklung dieser Angelegenheit sehr gespannt, und es sollen sogar  
zwischen einzelnen Abgeordneten bedeutende Weiten auf Bestati-  
gung und Nichtbestätigung abgeschlossen sein. Sedenfalls ist man  
über diesen Ausgang dieser Angelegenheit allgemein sehr befre-  
dig, um so mehr, als sie einen Mann betrifft, der in allen  
Kreisen und bei allen Parteien die allgemeine Achtung genießt; man sieht die Entwicklung dieser Angelegenheit als ein erfreuliches Zeichen an, daß man von dem Prinzip, bei derartigen Dingen der politischen Gestaltung das Gewählten vor seiner Lich-  
tigkeit für das betreffende Amt den Vorzug zu geben, Abstand genommen hat, um so mehr, wenn man erfährt, daß der Be-  
schluß, den Abg. Dr. Becker Sr. Majestät zur Bestätigung zu empfehlen, in einer Staatsministerial-Sitzung durch das Ge-  
samtministerium einstimmig gefaßt worden ist.

Bern, 5. Juni. Die der Eidgenossenschaft aus der Auf-  
nahme der französischen Ostarmee erwachsenen Kosten  
werden jetzt auf ca. 10,000,000 veranschlagt. Auf diese Summe  
erhielt sie bereits Frs. 1,727,819 als Zahalt der Militärlassen  
jener Armee und Frs. 911,742 als Betrag der für den Ver-  
kauf ihrer Pferde gelösten Summe. Wie man vernimmt, hat  
die französische Regierung augenblicklich noch weitere 2,000,000  
als Zahlung auf jene 10,000,000 angeboten. Als Pfand befinden  
sich im Besitz der Eidgenossenschaft noch ca. 60,000 Ge-  
wehre und ca. 1600 Kriegswagen.

Brüssel, 6. Juni. Es freut einen ordentlich wegen der  
Pietät gegen den Dichter Victor Hugo, auch einmal den  
Politiker Victor Hugo ein halbwerts vernünftiges Wort reden  
zu hören. Ein solches ist aber, wenn man gerecht sein will,  
sein Schreiben an die fünf belgischen Deputirten, die in der  
Kammer gegen seine Ausweisung gestimmt haben, aus seinem  
neuen Asyl in Luxemburg gerichtet hat. Der große Mund-  
held schlägt darin einen sehr elegischen Ton an. Er schreibt:

An die Herren Courre, de Guiffay, Demeur, Guillery und Jett-  
rand, Abgeordnete des belgischen Volkes. Luxemburg, 2. Juni 1871.  
Meine Herren! Es drängt mich, Ihnen öffentlich Dank zu sagen, nicht in  
meinem Namen — denn was bin ich, wo es sich um so große Fragen han-  
det! — sondern im Namen des Rechtes, das Sie aufrechterhalten, im Na-  
men der Wahrheit, die Sie aufstellen wollten. Sie haben gebandelt wie  
rechtlich denkende Männer. Das Anerbieten einer Zufluchtsstätte, das mir  
der beredte Urheber der Interpellation, Herr de Guiffay, zu machen so  
gütig war, hat mich tief gerührt. Ich habe keinen Gebrauch davon gemacht.  
Ich möchte nicht für den Fall, als die Steinregen fortfahren sollten, mir zu  
folgen, sie auf sein Haus lenken. Ich habe Belgien verlassen. Alles ist in  
Ordnung. Was den Gang der Dinge selbst betrifft, so ist er einer die  
einfachsten. Nachdem ich die Verbrechen der Kommune gebrandmarkt, habe  
ich es für meine Pflicht gehalten, auch die Verbrechen der Reaktion zu  
brandmarken. Dieses Messen mit gleichem Maß hat missfallen. Nichts ist  
dunkler als politische Fragen, die mit sozialen

